



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Munzinger, Ludwig: Der Sozialismus in England : Hemmungen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der Sozialismus in England

Von Dr. Ludwig Munzinger

Hemmungen*)



in japanischer Beobachter schrieb neulich in einem Aufsatz über England: „Ob sie nun Unionisten oder Liberale, Nationalisten oder Sozialisten sind: alle Engländer sind so konservativ. Und das ist bewundernswert.“ Es gibt in der Tat kein konservativeres Volk als die Engländer. Auch für Ideen, die irgendwo auftauchen und die anderen Völkern leicht über die Grenzen getragen werden, erweist sich der Streifen Meer, der ganz England strategisch zu einer Festung macht, als eine Art Puffer. Das englische Volk denkt im ganzen langsam auf eigenen Wegen, grübelt wenig und gibt das Bestehende auf allen Gebieten nicht eher auf, als bis es gar nicht mehr anders geht. Alles abstrakte Denken, alle Theorie und alles Dogmatisieren ist ihm zuwider. So ging es zunächst nur mit größtem Mißtrauen an eine Lehre wie die marxistische heran. Von dieser Regel machte auch der eingeborene englische Arbeiter keine Ausnahme. Was war ihm die Marxsche Werttheorie oder das eiserne Lohngesetz? Nichts. Aber er sah mit seinen eigenen Augen, daß gewisse Schichten der Bevölkerung ein bequemes Leben führen, ohne zu arbeiten. Das gab ihm eher zu denken, und so hat ihm, um aus Nöten, die er empfand, herauszukommen, der Gewerkschaftsweg viel rascher eingeleuchtet. Wenn ihm nun vollends vordellamiert wurde, was für ein elender Proletarier er sei und wie unterdrückt er lebe, dann ging ihm das gegen seinen Stolz. Die achtungsvolle Art des Verkehrs zwischen allen Gesellschaftsschichten untereinander, wie sie ein schöner Zug des englischen Lebens ist, hat dem englischen Arbeiter ein Standesbewußtsein gegeben, das ganz anders geartet ist, als das „Klassenbewußtsein“, das die deutsche Sozialdemokratie den deutschen Arbeitern in die Köpfe hämmert. So spielt der Neid in England keine so große Rolle wie in anderen Ländern. Wenn der englische Arbeiter sich vielleicht mitunter auch Gedanken macht, wenn er faulen Reichtum sieht, so neidet er dem reichen Mann doch nicht schlechtthin sein

*) Aufstieg und Wirkungen s. Heft 4.

luxuriöses Leben. Es fällt dem Fremden in England auf, daß der Reichtum sich mehr zur Schau stellt als anderswo. Das ist aber im allgemeinen kein Prozen. Das Volk will Reichtum sehen, namentlich die Frauen. Und der Anblick des Reichtums ist ihm weniger ein Stachel als ein Ansporn. Dieser und ähnlicher Art sind die Hemmungen für die Ausbreitung eines Sozialismus deutsch-radikalen Stils, die auf dem englischen Volkscharakter ganz allgemein beruhen.

Es müssen noch einige andere psychologische Momente kurz erwähnt werden, die viele Arbeiter heute noch nicht „labour“ wählen lassen. Einmal wählt der Engländer, und zwar vor allem auch der Arbeiter, mehr als wohl irgendein kontinentaler Wähler, noch den Mann und nicht die Partei oder das Programm. Das hängt mit seiner schon erwähnten Abneigung gegen Theorien und Abstraktionen zusammen. Den Mann, den er sieht, den er kennt und der ihm gefällt, den wählt er. Und wieder ist es ein echt englischer Zug, daß ihm, ceteris paribus, der Mann am besten gefällt, der am vornehmsten aussieht. Heute noch lassen sich weite Kreise der niederen Volksschichten in England lieber durch einen vornehmen Herrn als durch ihresgleichen im Parlament vertreten. Dazu kommt dann noch der Sportsgeist, der in England auch in weiten Arbeiterkreisen lebt. Für diese nimmt eine Wahl bis zu einem gewissen Grad immer einen Sports- oder Wettcharakter an. Sie sind z. B. eigentlich und innerlich für den Gegner des konservativen Kandidaten. Aber die odds stehen zu dessen Gunsten. Sie möchten auf der „wining side“ sein und nicht „vaste their votes“. So wählen sie den Konservativen und freuen sich am Abend des Wahltags ungeheuer, wenn er wirklich „als Erster einkommt“.

Außer diesen volkpsychologischen Hemmungen gibt es noch eine Reihe von anderen, die aus gewissen Einrichtungen und Verhältnissen erwachsen.

Vor allem ist es das Wahlrecht und das Wahlverfahren, das bis zu einem gewissen Grad eine Bremswirkung ausübt. Das englische Wahlrecht nämlich ist nicht allgemein. Es ist auch nicht gleich. Trotz aller „Demokratie“ und trotz aller Freiheit haben die Engländer das Wahlrecht noch nicht aus der Tatsache allein herzuleiten für nötig befunden, daß ein Mensch geboren ist und ein gewisses Alter erreicht hat. Das Wahlrecht ist in England grundsätzlich auch heute noch wie vor vielen hundert Jahren an den Besitz geknüpft, und zwar, da es aus einer Zeit stammt, in der der mobile Besitz noch nicht diese Bedeutung hatte wie heutzutage, an den Besitz von Grund und Boden. Als dann im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts in drei verschiedenen Stappen den Wahlrechtsforderungen des Bürgertums und später der Handarbeiter Genüge getan werden mußte, wurde nicht etwa ein ganz neues Wahlrecht geschaffen, sondern man ließ die alte Grundlage unverändert und half sich mit den beliebten Fiktionen weiter. Zunächst wurde fingiert, daß auch der lease holder (eine Eigentümlichkeit des englischen Grundrechts etwa vergleichbar mit dem Erbbau-pächter des B. G. B.) eine Art Grundbesitzer sei. Auf diese Weise erhielten

weite Schichten des städtischen und ländlichen Bürgertums das Wahlrecht. Später fingierte man, daß auch der gewöhnliche Mieter so etwas wie ein Grundbesitzer sei. Und so erhielt schließlich ein jeder Staatsbürger, der mindestens 200 Mark Jahresmiete bezahlt, das Wahlrecht. Damit war man faktisch einem allgemeinen Wahlrecht ja ziemlich nahe gekommen. Aber doch ist es weder grundsätzlich noch auch tatsächlich ein allgemeines Wahlrecht. Das ergibt sich aus folgenden Zahlen: Von 64 Millionen Deutschen haben auf Grund des allgemeinsten und weitestgehenden Wahlrechtes der Welt rund 13 Millionen das Wahlrecht. Unter 46 Millionen Briten besitzen es auf Grund des neuesten Wahlregisters (das der letzten Wahl aber noch nicht zugrunde lag), rund 7900000. Unter einer Million Deutscher befinden sich also 203125 Wähler, unter einer Million Engländer nur 171739, d. h. auf eine Million seiner Bevölkerung gewährt England 31386 Individuen, die es in Deutschland hätten, kein Wahlrecht. Das macht auf 46 Millionen 1443756 Wähler aus. Man darf wohl annehmen, daß diese rund $1\frac{1}{2}$ Millionen, die nicht einmal 200 Mark Jahresmiete bezahlen, zum größten Teil Reserven des Sozialismus sind, wenn sie einmal das Wahlrecht bekommen sollten. Die sozialistischen Organisationen verlangen darum auch das wirklich allgemeine Wahlrecht, das sogenannte adult suffrage.

Diese Reserven sind tatsächlich sogar noch größer, als sich aus der obigen Berechnung ergibt. Denn das Wahlrecht ist ja auch nicht gleich. Und zwar ist es nicht gleich aus demselben Grunde, aus dem es nicht allgemein ist. Wer Grundbesitzer, lease holder oder Mieter in einem Wahlkreise ist, ist dort wahlberechtigt. Er ist aber auch in jedem anderen Wahlkreise wahlberechtigt, in dem er eine solche Eigenschaft aufweisen kann. Das englische Wahlrecht ist daher ein Pluralwahlrecht, zwar nicht in dem Sinne, daß ein Staatsbürger in einem Wahlkreise mehrere Stimmen abgeben könnte, aber er kann in mehreren Wahlkreisen je eine Stimme abgeben. Und das ist praktisch gar nicht bedeutungslos, namentlich in den großen Industriezentren, wo die Geschäftsleute in der Stadt arbeiten, Mieter sind und dort das Wahlrecht haben, in der Nähe auf dem Lande in einem anderen Wahlkreis aber wohnen, Eigentümer oder dergleichen sind und infolgedessen auch dort das Wahlrecht haben. Es läßt sich der Umfang dieses Pluralwahlrechtes nicht genau bestimmen. Die Regierung ist schon mehrfach aufgefordert worden, Angaben darüber zu machen. Aber sie erklärt es für unmöglich, die genaue Zahl der Pluralwähler festzustellen, weil dazu nötig wäre, hinsichtlich eines jeden einzelnen der 7900000 Wähler zu untersuchen, in wie vielen Wahlkreisregistern er aufgenommen ist. So muß man sich an Feststellungen halten, die gelegentlich der Wahlen von den Parteien gemacht werden. Diese müssen natürlich mit einiger Skepsis betrachtet werden, da sie zu tendenziösen Zwecken aufgemacht sind. Aber sie geben doch einen Anhaltspunkt. Nach der letzten Wahl veröffentlichten die Daily News (liberal) eine Zusammenstellung von zwanzig Wahlkreisen, in denen die liberalen Wahlagenten je 865 bis 3595 Pluralstimmen, zusammen 41267 festgestellt

hatten. Daß Wahlkreise mit besonders starker Pluralstimmzahl zu der Demonstration ausgesucht worden sind, ist nicht anzunehmen, weil die Zusammenstellung lediglich zeigen sollte, in wie vielen Wahlkreisen die Mehrheit der Unionisten lediglich den Pluralstimmen zu verdanken ist. Es zeigt sich hier nebenbei die praktisch sehr bedeutungsvolle Wirkung des Pluralstimmrechts in England. Dabei handelt es sich in der Zusammenstellung nur um einen Teil der Wahlkreise, die auf diese Weise den Unionisten zufielen. Für unseren Zweck fragt sich nun, wie groß wohl die Gesamtzahl der Pluralstimmen ist. Nur eine sehr vage Schätzung ist möglich. Ein Durchschnitt von 2063 Pluralstimmen in jedem Wahlkreis, wie sich auf Grund der obigen Ziffern ergeben würde, wäre ohne Zweifel zu hoch. Aber ein Drittel von dieser Zahl, also rund 700, darf man doch annehmen. Das ergäbe für 670 Wahlkreise 469 000 Pluralstimmen. Wenn man nun diese vom Gesamtvotum abzieht, so ergibt sich, daß nicht 7 900 000, sondern nur 7 431 000 Individuen in England das Wahlrecht haben. Demzufolge wären unter einer Million Engländer nur 1 615 000 Wahlberechtigte, also 41 625 weniger als unter einer Million Deutscher. Die Gesamtzahl der nicht wahlberechtigten Engländer, die als Deutsche das Wahlrecht hätten, würde dann $41\,625 + 670 = 1914\,750$, also nahezu zwei Millionen betragen. Unter diesen Umständen ist begreiflich, daß die sozialistischen Organisationen auch das Pluralwahlrecht und damit die uralte Grundlage des englischen Wahlrechts überhaupt lebhaft bekämpfen.

Zu diesen Hindernissen, die im Wahlrecht liegen, kommen Schwierigkeiten, die das Wahlverfahren mit sich bringt. Wie das an den Grundbesitz oder seine Surrogate geknüpfte Wahlrecht in mittelalterlicher Auffassung weniger einen öffentlichrechtlichen als einen privatrechtlichen Charakter hat, so sieht der Staat auch die einzelne Wahl selbst mehr als die Befriedigung von Privatinteressen an und nimmt die Kosten, die durch seine Mitwirkung entstehen, nicht nur nicht auf sich, sondern läßt sie sich durch die Parteien, die er also etwa wie Parteien vor dem Zivilrichter ansieht, vergüten. Da er zudem gesunde geschäftliche Grundsätze hat, läßt er seine Beamten nicht eher in Funktion treten, als bis die Streitteile, d. h. also die Parteien, die Kandidaten vorschlagen, eine Kaution geleistet haben. Diese beträgt für den einzelnen Kandidaten im Durchschnitt etwa 2700 Mark und muß am Tage der Benennung der Kandidaten vor dem Wahlbeamten in bar deponiert werden. Wollten also die englischen Sozialisten einmal nach dem berühmten deutschen Muster ihre Stimmen zählen, d. h. für alle 670 Sitze Kandidaten benennen, dann müßten sie zunächst einmal nahezu 2 Millionen Mark bar dem Staat für seine Bemühungen einhändigen. Bei diesen Kosten hat es nur dann sein Bewenden, wenn kein Gegenkandidat benannt wird. Ist das der Fall, dann erklärt der Beamte nämlich den Kandidaten ohne Abstimmung für gewählt. Ist es aber nicht der Fall, dann setzt er einen Termin für die Abstimmung fest, und damit fängt eigentlich erst der lokale Wahlkampf an, der natürlich noch viel mehr Geld kostet. Durch die ganze

parlamentarische Geschichte Englands läuft wie ein roter Faden der Versuch, Wahlumtrieben und Bestechungen zu begegnen. Aber selbst die schärfsten Bestimmungen konnten nicht verhindern, daß der größere Geldsack auch heute noch bei Wahlen im Vorteil ist. Das beginnt schon bei der Anlegung des Wahlregisters, die wiederum kein öffentlicher Akt ist, sondern eben auch auf eine Art von Zivilprozeß zustande kommt. Die Vertreter der Parteien erscheinen zu gegebener Zeit vor dem Registerbeamten und versuchen, meist mit sichtlich haltlosen Gründen, das Wahlrecht vieler Bürger zu bestreiten, die sie nicht für sichere Anhänger der eigenen Partei halten. Auch dies Verfahren kostet Geld, und wer nicht ernsthaft daran denkt, einen Sitz erobern zu können, der beteiligt sich lieber gar nicht daran. Kommt es wirklich zur Wahl, dann sind die alten Parteien mit den großen Mitteln auch wieder im Vorteil. Trotz aller Gesetzesbestimmungen finden die Parteiorganisationen, der Caucus, wie man das in England nennt, Mittel und Wege, mit Geld zu arbeiten, ganz abgesehen von den Summen, die für legale Wahlzwecke ausgegeben werden und die auch sehr hoch sind. Das Unterhausmitglied Arthur Henderson, ein auf dem radikalen Flügel der Liberalen sitzender Gewerkschaftsmann, stellte im Jahre 1904 im Unterhaus fest, daß die gesamten Wahlausgaben der 1103 Kandidaten für die 670 Wahlkreise in dem Wahlkampf von 1900 rund 15½ Millionen betragen, wovon allein 3 Millionen an die Wahlbeamten zu entrichten waren. Doch das sind nur die offiziellen Ausgaben, die vom Staat an der Hand der Gesetze gegen unerlaubte Wahlumtriebe kontrolliert werden können. Darunter sind, um dies Kuriosum zu erwähnen, die Hotelrechnungen der von auswärts in den Wahlkreis zugereisten Kandidaten, deren Höchstbetrag gesetzlich vorgeschrieben ist. Wehe also dem Kandidaten, der in der Wahlzeit zu luxuriös lebt! Man nimmt alsbald an, daß er Bestechungsversuche im Hotel unternommen hat. Unter diesen Umständen ist begreiflich, daß die finanzielle Frage für die sozialistischen Organisationen bei Wahlen eine sehr wichtige, den Eifer dämpfende Rolle spielt. Wie drückend es empfunden wird, erhellt aus dem heftigen Kampf der Arbeiterpartei gegen das sogenannte Osborne-Urteil. Durch dieses Urteil ist es den Gewerkschaften verwehrt worden, von ihren Mitgliedern obligatorische Zuschlagsbeiträge für die politische Agitation und Vertretung zu erheben. Korrekturen der Rechtsprechung sind auf gesetzgeberischem Wege möglich. Können aber erst die Gewerkschaften ihre Mitglieder allgemein für politische Zwecke besteuern, dann kommt das einer besseren Finanzierung der sozialistischen Bewegung gleich und wird sich in einer vermehrten Kandidatenaufstellung sowie weit größeren Gesamt-Stimmziffern geltend machen.

Sehr gewichtige Hemmungsmomente liegen sodann in den eigenartigen Preßverhältnissen des Landes. Die sozialistische Bewegung in England hat bisher nicht eine einzige kleine, geschweige denn eine große Tageszeitung produzieren können. Das hat ohne Zweifel bis zu einem gewissen Grade die Ausbreitung der Bewegung verlangsam, vor allem aber mit dazu beigetragen,

daß der politische Kampf nicht so erbittert und verbittert wurde wie in Deutschland, wo zahlreiche sozialdemokratische Blätter mit Auflagen, die für deutsche Verhältnisse ansehnlich sind, tagtäglich das vergiftende Evangelium vom Klassenkampf predigen, das in England kaum irgendwie eine Rolle spielt. Immerhin ist die erklärt sozialistische Bewegung jetzt so weit erstarkt, daß unter der Ägide der Independent Labour Party seit Januar 1912 ein täglich erscheinendes Blatt „The Citizen“ herausgegeben wird. Eine sozialistische Tageszeitung größeren Stils und mit einer Massenaufgabe würde sicherlich die Bewegung erheblich fördern. Indessen ist die Aufgabe, ein lebensfähiges Tagesblatt in Konkurrenz mit den großen alten Zeitungen in London und in einigen Provinzstädten zu schaffen und am Leben zu erhalten, ungeheuer schwierig. Der Kapitalismus ist in jeder Form in England noch stärker als anderswo. Dann aber wird auch die Eifersucht der sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen untereinander den Zeitungsplan der I. L. P. von vornherein erheblich belasten. So war kaum rühbar geworden, daß die I. L. P. ernsthaft mit dem Gedanken der Herausgabe einer Tageszeitung umgehe, als die sozialdemokratische Partei ankündigte, daß auch sie demnächst eine Tageszeitung vom Stapel lassen wollte, was aber dann nicht geschah, denn ein solches Blatt hätte natürlich mit noch größeren Schwierigkeiten zu kämpfen.

Auf der anderen Seite wird die große, kapitalistisch organisierte Presse in einer höchst wirkungsvollen Weise gegen den Sozialismus benutzt. Er wird nicht etwa angegriffen, verurteilt und zu widerlegen versucht, sondern ganz einfach totgeschwiegen. Selten finden sich in den großen englischen Blättern grundsätzliche Auseinandersetzungen mit dem Sozialismus, noch seltener eine Polemik mit Sozialisten oder Berichte über den Fortgang der Bewegung. Seit deren Erstarken in den letzten Jahren, namentlich seit dem großen Wahlerfolg der Arbeiterpartei im Jahre 1906, hat dies Verfahren nicht mehr ganz so strikte durchgeführt werden können. Aber noch die Gründung der Arbeiterpartei im Jahre 1900 ist in den größten Blättern mit wenigen Zeilen abgetan worden. Von der ganzen Entwicklung dieser Organisation zwischen 1900 und 1906 erfuhr das große Publikum so gut wie nichts. Um so größer war dann natürlich die Überraschung. So hat diese Lotschweigepolitik ihre zwei Seiten.

Bisher war lediglich von Hemmungen die Rede, die in den Verhältnissen und Einrichtungen des politischen Englands liegen, also von mehr oder weniger passiven Widerständen. Es wäre aber ein Irrtum zu glauben, daß dem englischen Sozialismus nicht auch solche aktiver Natur erwachsen wären.

Jenes schrittweise Eingehen der großen Parteien auf gewisse sozialistische Forderungen, oder besser die Berücksichtigung, die sie den diesen Forderungen zugrunde liegenden Beschwerden immer gerade soweit angebeihen ließen, als unvermeidlich erschien, geschah natürlich nicht um der schönen Augen der Sozialisten willen. Diese Haltung war den Parteien von der politischen Klugheit vorgeschrieben. Sie hat, wie gezeigt wurde, auf der einen Seite dazu geführt,

daß namentlich die wirtschaftlichen Anschauungen der Parteien sich gewandelt haben, daß sie einstweilen einmal sozialistische Motive im weiteren Sinne des Wortes in die Gesetzgebung eindringen ließen, wobei die Konservativen und die Liberalen von verschiedenen Gesichtspunkten ausgingen und auch jeweils nicht das gleiche Maß von Entgegenkommen zeigten. Insofern hat also die Fabische Politik der „Durchsetzung“ ihren Erfolg gehabt. Aber dies Entgegenkommen hatte auch auf den Sozialismus Einfluß gehabt, insofern es auf einer „Politik der Eingliederung“ beruhte, wenn man so sagen kann. Diese Politik der Eingliederung war dabei keineswegs eine Angstpolitik, sondern auf Seiten beider Parteien von staatsklugen, staatsmännischen Erwägungen kühl und vorsichtig geleitet, zu verschiedenen Zeiten natürlich mit verschiedenem Geschick und verschiedenem Erfolg. Sie war in ihren äußeren Mitteln echt englisch, d. h. nicht hart zugreifend, nicht „prinzipiell“, und sie vermied vor allem möglichst schon den Anschein der Feindseligkeit. Dadurch hat sie zum mindesten die zahlenmäßige Ausbreitung der sozialistischen Organisationen nicht unbeträchtlich gehemmt, dem Sozialismus selbst ein gut Teil seiner Fangzähne ausgebrochen und mit dazu beigetragen, daß die äußere Gehabung der Bewegung bisher in verhältnismäßig ruhigen und erträglichen Bahnen blieb. Die Konservativen mußten sich dabei von Hause aus in engeren Grenzen bewegen als die Liberalen. Solange die sozialistische Bewegung in ihren Anfängen war, machte sich das noch nicht in dem gleichen Maße bemerkbar, wie später, und so hatte Lord Beaconsfield zu seiner Zeit mit seinem sozial angehauchten Torytum noch Erfolg. Als aber der Sozialismus mit der Zeit doch höher wuchs, mußten die Konservativen, was die Anwendungsmöglichkeit jener Politik der entgegenkommenden Eingliederung angeht, doch hinter den Liberalen zurückbleiben. Deren Kerntruppen standen der Arbeiterbevölkerung sozial näher und zudem konnten die radikal-demokratischen Instinkte der Arbeiterschaft bei ihnen eher Befriedigung erwarten. So kam es, daß die Liberalen schließlich in der Lage waren, die größeren Konzessionen zu machen, der Politik der Durchsetzung also stärker unterlagen, dafür aber auch die größeren Erfolge mit ihrer Politik der Eingliederung hatten, d. h. die Radikalisierung des englischen Sozialismus und das Anwachsen der sozialistischen Organisationen am wirkungsvollsten aufhielten. Die Argumentationen, mit denen sie heute in Verfolg dieser Politik vor die Wählermassen treten, mag aus einer Rede ersehen werden, die der heutige Schatzkanzler Großbritanniens Mr. Lloyd-George im Oktober 1906 zu Cardiff, dem Kohlenzentrum von Südwales, hielt. Dort führt er u. a. aus:

„Welchen Einfluß wird diese neue Arbeiterbewegung auf uns britische Liberale haben? Ich glaube, daß nicht der geringste Grund zu Aufregung besteht. Der Liberalismus wird niemals aus seiner Vorherrschaft im Reich des politischen Fortschrittes verdrängt werden, es sei denn, daß er das verdient, weil er seine Grundsätze vernachlässigt oder verrät. . . . Der Arbeiter ist kein Narr. Er weiß, daß eine große Partei, wie die unsrige, mit seiner Unterstützung, Dinge für ihn erreichen kann, die er allein, ohne ihre Unterstützung eben nicht

erreichen kann. . . . Aus den Bauern und den kleineren Geschäftsleuten im Lande kann er nicht im Nu Sozialisten machen, aber er kann sie in eine reaktionäre Haltung hineinschrecken. Diese Leute helfen uns jetzt eine fortschrittliche Arbeiterpolitik zu machen. Sie werden uns später helfen, eine neue Bodenverteilungspolitik und andere Maßnahmen zugunsten aller produzierenden Klassen durchzuführen. Und wir können ihre Hilfe sehr gut brauchen. Aber wenn man sie mit dem Klassenkampf schreckt, dann werden sie sicherlich stutzig und zu verstockten Konservativen werden. Was wäre damit für den Arbeiter gewonnen? Wenn natürlich die Arbeiterführer hoffen sollten, daß sie auch den letzten Arbeiter im ganzen Lande von den beiden großen Parteien loslösen und den Arbeiterorganisationen zuführen können, dann, das gebe ich zu, würde eine solche Arbeiterpartei allmächtig sein. Jeder aber, der nur ein wenig von unserer politischen Geschichte weiß, wird sagen, daß das ein unmögliches Kunststück ist. . . . Es sind ihrer sehr viele, die an der Weisheit und Durchführbarkeit der sozialistischen Ideale zweifeln und weiter zweifeln werden. Und dabei sind bis jetzt (1906!) noch nicht einmal ernsthafte Anstrengungen gemacht worden, der sozialistischen Propaganda unter den Arbeitern zu begegnen. . . . Die ruhige Vernunft lehrt uns, zusammenzugehen, so weit wir heute können, und nicht den Fortschritt zu hemmen, indem wir in Gruppen auf seinem Wege herumstehen und über das Ziel streiten, das wir vielleicht übermorgen erreichen wollen. . . . Wir suchen Wahlhilfe bei den Arbeitern nicht nur um Wahlen für die Partei zu gewinnen. Wir brauchen ihre Unterstützung, um der liberalen Politik ihre Richtung zu geben! . . . Aber nun auch ein Wort an die Liberalen! Ich kann ihnen sagen, was diese S. L. P.-Bewegung zu einer starken, alles mit sich fortreibenden Macht werden lassen kann, einer Macht, die unter anderen Dingen auch den Liberalismus wegsagen wird. Wenn am Ende einer Regierung von durchschnittlicher Dauer sich herausstellen wird, daß eine liberale Unterhausmehrheit nichts getan hat, um der sozialen Lage des Volkes gerecht zu werden. . . ., dann wird sich ein lauter Schrei im Lande erheben nach einer neuen Partei und viele unter uns hier werden in diesen Ruf mit einstimmen."

So ist heute die Ansicht sehr verbreitet, daß die neuere Politik der Liberalen das stärkste Hindernis für die Ausbreitung und Einwurzelung eines radikalen Sozialismus in England ist. Das glauben die Liberalen, wie es einer ihrer Abgeordneten, Mr. Bonsonby, vor einiger Zeit in einer Versammlung ausdrückte: „Der Sozialismus im Lande wäre viel stärker, wenn nicht die Liberalen ihm den besten Wind aus den Segeln nähmen.“ Das glauben auch die Sozialisten selbst, wie einer ihrer Führer, J. Ramsay Macdonald, es dem Schreiber dieser Zeilen gegenüber einmal des Näheren darlegte. Das sehen aber jetzt auch die Konservativen ganz deutlich ein, wie aus der neuesten Rede Balfours für Sozialpolitik (Rede vom 6. April 1911) und aus der jüngst erfolgten Gründung einer unionistischen Gruppe für sozialpolitische Studien hervorgeht.

Wem aber danach die eigenartig langsame Entwicklung des englischen Sozialismus noch nicht genügend erklärt erscheint, der vergißt, daß bisher das Oberhaus imstande war, jede wünschenswerte Bremswirkung auszuüben. Das alte Oberhaus hat, trotz der „Demokratie“, und obwohl es auch früher ein geringeres Maß von Gesetzgebungsgewalt hatte wie das Unterhaus, sich als ein sehr mächtiger Faktor in der politischen Entwicklung Englands erwiesen. Und es hat sein politisches Gewicht ohne Zweifel im ganzen zum Vorteil dieser Entwicklung ausgespielt. Dazu kam das Ansehen, in dem fast alle seine Mitglieder persönlich auch bei den breiten Massen stehen. Dies Ansehen ist so groß, daß fraglich

sein muß, ob nicht selbst nach der nunmehr erfolgten Neuregelung der Machtverteilung zwischen beiden Häusern des Parlaments, dem Oberhaus mehr Macht bleibt, als dem Radikalismus lieb ist. Ein ausgiebiges Maß von Bremswirkung wird ohne Zweifel auch ein in seinen Rechten beschchnittenes und in seiner Zusammensetzung reformiertes Oberhaus immer in England ausüben, wenn es von staatsmännischem Geist erfüllt ist.

Zu den aktiven Hemmungen des Sozialismus gehören dann schließlich noch zwei Organisationen, die außerhalb der Parteien stehen wollen, wenn sie auch, da sie sich einmal mit politischen Dingen befassen, nicht unpolitisch bleiben können. Die ältere Organisation, die im Jahre 1902 gegründet wurde, ist die „Property and Liberty Defense League“. In ihr haben sich die letzten Reste des unentwegten Manchesterturns zusammengefunden. Es erhellt, daß die Liga unter diesen Umständen und unter den heutigen Verhältnissen keinen großen Erfolg haben kann. Einen Teil ihrer Aufgaben erblickt sie, wie es scheint, darin, die andere Organisation zu bekämpfen. Diese andere Organisation ist erst im Jahre 1908 entstanden. Sie führt den Namen „Anti-Socialist Union of Great-Britain“. Auf einer breiteren Grundlage gegründet, will sie außerhalb jeder Parteiverbindung stehen, zählen unter ihren Mitgliedern hauptsächlich konservative Politiker, darunter zahlreiche aus dem Ober- und Unterhaus. Sie bildet anti-sozialistische Wanderredner aus, hält eifrig anti-sozialistische Vorträge ab, greift selbständig in die Wahlen ein und scheint über bedeutende Mittel zu verfügen. Sie lehnt den Sozialismus als wirtschaftliche Lehre ab, will aber Vorschlägen von sozialistischer Seite, die ihr im Interesse des Landes unbedenklich oder gar förderlich erscheinen, keineswegs entgegentreten. Ihr Ziel bezeichnet sie dahin, daß sie der Arbeiterschaft den großen Unterschied klarmachen will, der „zwischen der Sozialpolitik eines Fürsten Bismarck oder eines Lord Cromer oder jenes der Herren Sidney Webb oder Rair Hardie besteht“. In einzelnen Wahlkreisen hat ihr Auftreten, wie es scheint, den Sieg der Arbeitparteiandidaten verhindert. Ob sie weiter eine Rolle in der Entwicklung spielen wird, muß sich erst zeigen.



Ein Später Derer van Doorn

Von Carl Hauptmann

Siebentes Kapitel

Wenn jetzt Hieronymus van Doorn unter seinen Fischersleuten ging, trug er ein sehr jaches Wesen zur Schau. Was er sagte, klang hart und unverföhnlich. Die andächtigen Fischersleute sahen sich dabei oft verwundert an. Es schien ihnen, als ob Einer mit dem Teufel kämpfte, nicht als spräche der Heiland, wie es früher war.